

Russische

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Russische Kurzzettel

Verlag Ullstein, Oberredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: in Auss. d. Redaktion: Carl Wiese, Berlin. Uvert. Manuskripte werden nur nachdrucksfrei in Form beibehalten.

Erscheinung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasprach-Bureau Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3608, Für den Parawerker Am Dönhofs 3600-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postabrechnungskonto Berlin 600.

Warum hat Hindenburg eingegriffen?

Aus Kreisen der Oberleitung wird die „Russische Zeitung“ geschrieben:

Der aufmerksam den politischen Kampf für und gegen den Young-Plan verfolgt hat und bemerkt gewesen ist, sich nicht persönlich mit hineinziehen zu lassen, dem muß das sehr blauen, wenn er nicht, wie maßlos leibensfähig ist, um oft mit persönlicher Beunruhigung des Gegners verknüpft wird. Ich glaube nicht zu viel zu sagen: unter Omeiungstochtern als Volk ist im tiefsten bedroht, bedroht hauptsächlich durch seinen unwilligen § 4 des Gesetzes, dem man kurz vor Ausbruch des Weltkriegs genannt hat. Das Hindenburg in ihrem Augenblick politischer Höchstspannung das Wort ergreifen hat um § 4 des Gesetzes, das heißt mit die größte Tat seiner Präsidentschaft. Denn er tat es in vollem Bewußtsein dessen, daß seine Tat auf der Seite der Befürworter des Volkssozialismus verurteilt werden würde. Ganz bestimmt wird er nicht anders handeln zu können, als diese Minister sind und bleiben „Landesverwalter“!

Fühlen denn die Befürworter des § 4 nicht, die vergrößerte die Güte ist nicht durch diesen seltsamen Justizparagrafen, auch mit der Klausel, er gelte ja nur für die Zukunft?! Und wenn Hindenburg persönlich, ganz gegen seine ursprüngliche Pflicht, eingegriffen hat, so hat er es getan, nicht er erklärte, in sich fürwahr immer, daß ein solcher Eingriff ein Verstoß gegen § 4 ist, es ist eines deutschen Mannes unwürdig, einen politischen Gegner, der doch auch noch diesem Volke und Gewissen handelt, einen rechtsunwürdigen Landesverwalter zu nennen. Und für diese klare und unmissbare unferne höchsten Reichspräsidenten ist unter tiefster Dank gebührt! Dr. Tschok

Übermals Rückgang der Eintragungen

Die Zahl der Eintragungen für das Volkssozialisten hat am Montag wieder eine starke Abwärtsbewegung gezeigt. In Berlin sind gestern 15.000 Eintragungen erfolgt, so daß die Gesamtzahl nach sechs Tagen 108.834 betrug.

In Frankfurt a. M. haben sich am Montag nur 234 Wähler eingetragen.

In Offenbach sind die Wähler im ganzen 197 Eintragungen gemacht worden, in Jena 119, in Hildes 37, in Bad Homburg 110. Die geringste Zahl an Wählerstimmen ist nach wie vor im 93. Wahlkreis in Braunschweig.

Die Völkervereinigung ist auch recht lebhaft geworden. Mit einem Mal stellt sie sich, das man vor vier Jahren in den großen Städten mit größtem Widerstande gerichtet hat. Aber in den Kleinstädten und auf dem Lande haben ... Triumphe wieder berichtet, das „Lager in Göttingen“ die erforderlichen 10 Prozent aller Stimmberechtigten erreicht worden sind. Das gleiche wird von einigen ungewissen kleinen Gemeinden berichtet. Zusätzlich wird auf dem ländlichen Saale, namentlich in Bornum, von nationalistischen Unterführern mit dem Mitteln des wirtschaftlichen Fortschritts gearbeitet. Die Parteiarbeiter werden unter Anwendung der Entlassungsgesetze, sich in die Listen einschreiben. Aber ob in die Listen Gemeinden eingetragenen Stimmen den ungewissen noch Hunderttausenden stehenden Anfall in den Städten wird weitausgehen können, kann man in Frage abwarten.

In dem Göttingen Wählerliste erklärte der Stadtverordneter Dr. Cismann (Braunschweig) nach einem Bericht der „Rheinischen Zeitung“, bei einer Rede: „Der kleine Wähler ist nicht in die Liste der Volkssozialisten eingetragen, ist ein nationaler Kampf. Wir werden die Listen daraufhin durchgehen, und wenn wir einmal ein Ruder kommen, werden wir jeden rücksichtslos zur Rechenhaftigkeit ziehen.“

Termin in Leipzig

Die Klage beim Staatsgerichtshof

Leipzig, 22. Oktober

Die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion Preußens, der sich der „Reichsausschuß für das Volksbegehren“ angeschlossen hat, steht heute zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Den Vorsitz führt Reichsgerichtspräsident Dr. Baumh. Der Gerichtshof wird außerdem gebildet durch die Reichsgerichtspräsidenten, Spemann und Schmidt sowie den Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Großhufen (Braun), Landenburger (Bavern) und Otto (Sachsen).

Die deutschnationalen Landtagsfraktion klagt gegen die preussische Regierung auf Unterlassung von Handlungen und amtlichen Verfügungen, durch die Beamte vor der Teilnahme am Volksbegehren gemacht werden, und verlangt eine „einwillige Verfügung“ in diesem Sinne.

Die Verhandlung begann um 11 Uhr vormittags. Der Vertreter der preussischen Regierung, Dr. Badi, behauptet die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs, da es sich nicht um einen Verfassungstreit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung handelt. Im übrigen gelte die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofs als Maßstab bestimmter Fristen usw., die zwischen Staatsregierung und Parteiparagraphen zwei Wochen

betragen müssen. Der Antrag auf Erlass einer „einwilligen Verfügung“ ist ein Verstoß, hinter dem sich das Verlangen nach sofortiger materieller Entscheidung verbirgt. Die Schaffung eines Fragebogensfallens müßte vermieden werden, der hinsichtlich jedem Interessenten die Möglichkeit ließe, die aus zwingenden Gründen geschlossene Geschäftsordnungsbestimmung über die Fristen außer Kraft zu setzen.

Der Vertreter der klagenden Partei, Dr. Seemann, geht davon aus, daß die Klage auf Erlass einer Verfügung über die materielle Entscheidung abzuwenden, bestrebt aber auf sofortigen Gewuß hinsichtlich der einwilligen Verfügung.

Durch Gerichtsbescheid wurde der Anwalt des Reichsausschusses an die deutschnationalen Fraktionen aufgefordert, weil als Beschäftigungsbefreiungen innerhalb eines Jahres nur solche Rente erhalten werden können, die zwischen Gründung eines Landes entstehen, der Reichsausschuß aber mit seiner Organisation über das Land Preußen hinausgriff. Abgelehnt wurde weiter der preussische Antrag auf Unterlassung, und zwar aus der Erwägung heraus, daß die Geschäftsordnung in Paragraph 8 für den Erlass einer „einwilligen Verfügung“ keine Geltung hätte. Es solle nunmehr zunächst einmal geprüft werden, ob die Klage eine „einwillige Verfügung“ erfordert, womit der Weg zu einer Beratung für den nächsten Session der Verhandlungen nicht verwehrt sein sollte.

Nachdem dieser Antrag vom Vertreter der klagenden Partei des Staatsgerichtshofs seinen Vortrag.

Befredotoffi schreibt Enthüllungen

Und der „Matin“ veröffentlicht sie

Paris, 22. Oktober / Ullstein-Nachrichtendienst

Der einstige Geschäftsträger der russischen Botschaft in Paris, Befredotoffi, beginnt im „Matin“ eine Artikelserie, in der die „Skandalgeschichten der letzten Internationalen“ zu enthüllen versucht. Er will bemerken, daß die wahren Verhältnisse der russischen Diplomatie niemals mit den offiziellen Erklärungen der großen des roten Krem in Moskau übereinstimmen hätten. Besonders sensationell sind zwei Unterredungen des Verfassers mit Stalin.

Nach der „Argunungen“ Unterredung Stawroffs aus Paris erzählt Befredotoffi, der damals bei der Botschaft in Tokio arbeitete,

den Auftrag, sich über Moskau nach Paris zu begeben, um die Botschaftsangelegenheiten zu klären. In Moskau hatte er mit Stalin eine erste Unterredung, über die er folgendes mitteilt:

„Es war damals eine Periode großer Aufregung. Man bezieht sich darauf vor, Stawroff aus dem Zentralkomitee der Partei, auszuscheiden. Stalin arbeitete 16-18 Stunden am Tag. Stawroff empfing er mich und unterließ sich mit mir über drei Stunden lang. So war nicht möglich, Stawroff in Paris zu halten, erklärte Stalin, und das ist ein schwerer Schlag für uns gewesen. Stawroff hat mich in den Franzosen gut aufgenommen und er hat mich auch als Gönner geliebt. Er hat mich zum ersten Mal als guten Staatsmann zu werden. Er liest das parlamentarische Geschäftswort und er ist sehr stark darin, die Fäden in den tiefsten Kombinationen unter den bürgerlichen Parteien zu ziehen. Er hat auch einen großen persönlichen Einfluß in Paris gewonnen und gerade deshalb zog er sich den Haß des Ministerpräsidenten (Poincaré) und der ganzen französischen Regierung zu. Mit haben wir mehrmals geraten, sich zu mögen, aber er hat uns immer gewarnt, daß es kein anderes Mittel gebe, als die parlamentarische Arbeit. Er hätte bereit das Beispiel des französischen Volksführers Dainoune de Com, der einen noch viel größeren persönlichen Einfluß in französischen Parlament hatte als er selbst.“

Die Ramprage gegen Stawroff, die von den Engländern initiiert war, hätte nicht auf dem Resultat geführt, wenn nicht auch Poincaré die Alliance Stawroffs gestrichelt hätte. Im übrigen, sehr Stalin fort, ist er Volkskommisariat (an Befredotoffi gemeldet) nicht anders als ein Werkzeuge. Dieser altöberliche Angewandte Schriftsteller denkt an nichts anderes, als Stawroff den Hals umzudrehen. So hat er auch die Beschäftigung des Stawroffs in Paris verschärft und unter Druck hat bisher nicht antworten können. Die Franzosen hatten den Eindruck, daß es um Stawroff nicht halten wollen oder können. Erst Stawroff hat uns die letzten Stawroffs geoffenbart und hat diese bemerkt. Er hat uns auch mitgeteilt, daß Stawroff einen Bericht über eine Unterredung mit dem französischen Botschaftler in Moskau, Herdicke, geführt habe, indem er die Erwägung hinzugefügt, als ob Frankreich die diplomatischen Beziehungen abbrechen sollte, eine Erwägung, die Herdicke niemals ausgesprochen und die der Angewandte in allen Punkten erkannte hatte.

In Stawroff zu retten und um der geglaubten Gefahr des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen entgegenzutreten, brauchen wir ein ungeheures Opfer in der Schuldenfrage. Ich bin überzeugt, daß die Franzosen dieses Angebot annehmen werden. Jetzt aber handelt es sich für uns darum, nicht darauf hinzuzufallen. Wenn die Franzosen doch nicht die Beziehungen abbrechen wollen, haben wir kein Interesse mehr an einem Opfer.

Krise in Paris?

Paris, 22. Oktober / Ullstein-Nachrichtendienst

Nach der heute nachmittags erfolgenden Öffnung der Parlamentssession ist die Kabinettkrise wieder, die die französische Regierung seit dem Kabinettwechsel unter Ministerpräsidenten Briand, einer der Vertreter der Rechten im Briand'schen Kabinett, der auch bei den getriggen Gesamtversammlungen auf die Seite der extremen Reaktion kandidiert hat und geschlossen wurde, hat dem Ministerpräsidenten Briand seine Demission angeboten.

Nach den gleichfalls erhaltenen Informationen der Berliner Morgenblätter soll Briand die Demission unterdessen nicht zur Kenntnis genommen haben, mit der Begründung, daß die durch den Rücktritt unterdessen unermittelte Wahlbildung des Kabinetts unmöglich und überflüssig ist, da die Regierung sofort nach der Beilegung der Sauger Verträge durch das französische Parlament seine Befugnisse erhalten werden.

Briand sollte ermordet werden

Paris, 22. Oktober / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Attentäter Crapin, der vorgestern durch Revolverkugeln dem Abgeordneten seines Wahlkreises, Dumaine, schwer verletzt hat, hat bei seiner heutigen Vernehmung erklärt, daß er eigentlich ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Briand geplant habe, dessen Durchführung an technischen Schwierigkeiten gescheitert war. Er habe aus patriotischen Motiven gehandelt und wolle durch seine Tat der Defensivpolitik vor Augen führen, daß die sogenannten Friedenspolitiker Frankreich ins Verderben führen.

Der Attentäter Crapin, der vorgestern durch Revolverkugeln dem Abgeordneten seines Wahlkreises, Dumaine, schwer verletzt hat, hat bei seiner heutigen Vernehmung erklärt, daß er eigentlich ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Briand geplant habe, dessen Durchführung an technischen Schwierigkeiten gescheitert war. Er habe aus patriotischen Motiven gehandelt und wolle durch seine Tat der Defensivpolitik vor Augen führen, daß die sogenannten Friedenspolitiker Frankreich ins Verderben führen.